



DER LANDRAT

Haushaltsrede von Landrat Dietmar Seefeldt zum Haushalt 2026

Sitzung des Kreistages des Landkreises Südliche Weinstraße

15. Dezember 2025
Mehrzweckhalle Hayna

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistags,
liebe Kollegen Kreisbeigeordnete Georg Kern, Uwe Huth und Werner Schreiner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Einführung: Wir wachsen mit unseren Herausforderungen

In weltpolitisch, gesellschaftlich, konjunkturell und erst recht finanziell herausfordernden Zeiten haben wir als Kreisverwaltung einen soliden Haushaltsentwurf erarbeitet, den ich nunmehr trotz des Rekorddefizits guten Gewissens dem Kreistag zur Verabschiedung vorstellen möchte:

Dieser Haushaltsentwurf ist eine **starke Gemeinschaftsleistung** der gesamten Verwaltung und der Kreisgremien. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten an **diesem Haushaltsentwurf gearbeitet, Gespräche und interne Verhandlungen geführt, Runden gedreht - immer mit dem Ziel, das Beste für den Landkreis zu erzielen, das Ganze im Blick zu behalten, den Landkreis weiterhin zukunftsfähig zu gestalten**. Gleich zu Beginn ein großes Dankeschön an alle, die sich konstruktiv in diesen Prozess eingebracht haben. Die erste interne Vorbesprechung mit mir als Landrat erfolgte bereits am 2. Oktober, die interne Vorbesprechung im Kreisvorstand am 27. Oktober, die Beratungen in unseren sechs Fachausschüssen in der 46. Kalenderwoche vom 10. bis 13. November. In der Sitzung des Kreisausschusses am 18. November 2025 haben wir uns über mehrere Stunden mit dem Haushalt und dem gesamten Zahlenwerk beschäftigt und in der finalen Abschlussberatung im Kreisausschuss am 1. Dezember haben mehrere Fraktionen signalisiert, dass sie den Haushalt heute mittragen werden, dafür ganz herzlichen Dank. In allen Gremiensitzungen hatte ich für den gesamten Kreisvorstand darum gebeten, uns **etwaige Ergänzungs-, Streichungs- oder Änderungswünsche** – speziell auch zum intensiv erörterten Stellenplan – mitzuziehen. Derartige Änderungswünsche sind bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingegangen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
es wäre ein Leichtes, sich hinzustellen und zu lamentieren, zu beklagen, in welch finanziell schwieriger Zeit wir derzeit verharren, um dann die Hände in den Schoß zu legen, mit den Schultern zu zucken und zu sagen – kann man nix machen. Das ist nicht unsere Haltung, das ist nicht das, was ich, was die Bürgerinnen und Bürger vom Landkreis Südliche Weinstraße gewohnt sind.

Wir nehmen die Herausforderungen an, auch oder gerade, wenn es nicht einfach ist.

Wir werden kontinuierlich die Themen der Daseinsvorsorge ebenso wie Zukunftsthemen voranbringen und gestalten: für die Menschen in unserem Landkreis. Wir werden noch stärker priorisieren und abwägen:

- Was bietet den größten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger?
- Wo können wir Prozesse verbessern?
- Wo gibt es weiteres Sparpotenzial?



Forderungen an Land und Bund

Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass ich auch an dieser Stelle meine Forderungen an Land und Bund erneuere: Wir benötigen dringend, wenn nicht gar dringender denn je, **endlich eine auskömmliche Finanzierung der uns auferlegten Aufgaben.**

Wir auf der kommunalen Ebene können nicht mehr – nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil uns die Mittel schlichtweg fehlen. Wir übernehmen einen Großteil der öffentlichen Aufgaben, erhalten aber nur rund 15 Prozent des Steueraufkommens. Wir kämpfen seit Jahren mit dieser mehr als deutlichen Unterfinanzierung. Die Situation ist **dramatisch**. Die Kommunen in Deutschland brauchen dringend deutlich höhere Anteile an der Umsatz- und Einkommenssteuer und die Kommunen in Rheinland-Pfalz **endlich einen gerechten – vor allem verfassungsgemäßen – kommunalen Finanzausgleich.**

Es ist ein **Skandal**, wenn man die Finanzierungssalden der letzten Jahre des Landes mit denen der Landkreise in Rheinland-Pfalz vergleicht:

2. Finanzierungssaldo

Finanzierungssalden	des Landes	der Kommunen	der Kreise
2016	324	-15	49
2017	872	431	92
2018	867	444	161
2019	1.258	263	154
2020	-1.346	203	150
2021	2.292	966 ¹	82
2022	1.188	945 ¹	-26
2023	990	-565	15
2024	1.108	-630	-356

¹ Ohne die Städte Mainz und Idar-Oberstein hätten die kommunalen Überschüsse in 2021 ca. 253 Mio. € und in 2022 ca. 64 Mio. € betragen.

Das **Land** Rheinland-Pfalz verzeichnet in den letzten vier Jahren (2021 bis 2024) nach den vorläufigen Jahresabschlüssen ein positives **Finanzierungssaldo von sage und schreibe 5,578 Milliarden Euro**, während die Landkreise ein Minus von 285 Millionen Euro hinnehmen mussten. Dies darf so nicht länger hingenommen werden, zumal sich für das kommende Jahr ein noch düsteres Bild abzeichnet, denn im **Ergebnishaushalt** rechnen die 24 Landkreise für das Jahr 2026 mit einem saldierten Defizit in Höhe von desaströsen **538,6 Millionen Euro**. Das Defizit wächst damit gegenüber dem Vorjahr um 151,3 Millionen Euro oder 39,1 Prozent an. Von den 24 Landkreisen gehen 22 von einem Defizit in Höhe von 540,0 Millionen Euro aus, während gerade mal ein Landkreis mit einem leichten Überschuss in Höhe von 1,4 Millionen Euro rechnet sowie ein Landkreis von einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt ausgeht.

Das sehr groß angekündigte **Sofortprogramm der Landesregierung** für die Träger der Jugend- und Sozialhilfe mit landesweit insgesamt zwei Mal 300 Millionen Euro haben wir im Haushalt eingeplant (jeweils 8,1 Millionen Euro für die Jahre 2025 und 2026). Dieses Sofortprogramm ist selbstverständlich grundsätzlich begrüßenswert, es ist aber bei weitem



kein echter Befreiungsschlag. Es sind Zahlungen, die uns sowieso zustehen und uns in den vergangenen Jahren vorenthalten wurden, trotz der beiden VGH-Entscheidungen zum kommunalen Finanzausgleich. Das Sofortprogramm ist ein kleines Pflaster auf eine große, klaffende Wunde. Diese Finanzspritze löst nicht die chronische Unterfinanzierung unserer Aufgaben,

Über 80 Prozent unserer Haushaltssmittel fließen in die Bereiche Jugend, Soziales und Schulen. In unserem Haushalt stehen dagegen unter zwei Prozent für die sogenannten **freiwilligen Leistungen** (Kultur, Kreisvolkshochschule, Kreismusikschule, Sport) zur Verfügung. Der Zuschussbedarf der freiwilligen Leistungen beträgt prozentual am gesamten Aufwand gerade einmal **1,21 Prozent**.

Neben den finanziellen Themen gibt es das allgegenwärtige Thema **Bürokratie**. Wir Kommunalverwaltungen setzen Gesetze von oben lediglich um, wir machen sie nicht. Es muss wirklich endlich Bürokratie abgebaut werden. Bürokratie ist per se nichts Schlechtes, verhindert sie doch Willkür. Bürokratische Entscheidungen werden nicht nach dem Nasenfaktor getroffen. Aber wir alle haben ein Dickicht an Vorschriften aufgebaut, das darauf abzielt, in jedem noch so erdenklichen Einzel- und Sonderfall scheinbare Gerechtigkeit herzustellen.

Wir warten sehnstüchtig und brauchen dringend eine Entlastung, ein Beispiel werde ich nachher bei der Eingliederungshilfe ausdrücklich darstellen.

Moderne Arbeitsbedingungen, Prozessoptimierung, Digitalisierung und Personal

An der Stelle möchte ich mich für den unter TOP 6 gefassten Beschluss zur Modernisierung unseres im Jahr 1982 gebauten **Kreishauses** herzlich bedanken. Es ist richtig, dass wir jetzt nicht nur die Fenster im Rahmen der KIPKI-Förderung austauschen, sondern in sechs Bauabschnitten unser Hauptverwaltungsgebäude insgesamt auch unter den Gesichtspunkten Lüftung, Elektrotechnik, Trink- und Abwassernetze, Brandschutz in Stand setzen, bevor es gegebenenfalls zu spät ist.

Nach der **KGSt-Organisationsuntersuchung** ist klar: Wir als Kreisverwaltung werden für unsere innere Organisation Ressourcen vorsehen müssen, um die **Handlungsempfehlungen** der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) umzusetzen. Diese Ressourcen – mit anderen Worten Arbeitskräfte im Bereich Organisation, den es bisher in unserer Verwaltung so gar nicht gibt – werden unter anderem Prozesse aufnehmen und verbessern, **Projekte effektiv betreuen** und zum Abschluss bringen, Abläufe definieren, **innere Strukturen effizienter gestalten** und **die Digitalisierung weiter voranbringen**.

In der **externen Organisationsanalyse** wurden Fachbereiche unserer Verwaltung identifiziert, die für die Erfüllung ihrer Fachaufgaben schlicht **nicht ausreichend besetzt** sind. Hier hat die KGSt auf Vergleichswerte anderer Verwaltungen zurückgegriffen. Für den Bereich des Jugendamtes wurde darüber hinaus der Analyseauftrag um eine prozessbasierte Stellenbemessung erweitert. Die dortigen Werte wurden von den externen Beratern also besonders tiefgehend betrachtet, deshalb fällt die Mehrung der Stellen im **Jugendamt** entsprechend aus.

Ich wiederhole, **sowohl das Beratungsunternehmen KGSt als auch der Landesrechnungshof** haben uns darauf aufmerksam gemacht, dass wir **in einigen Bereichen unserer Verwaltung zu wenig Personal** für die vielen Aufgaben haben. Dazu kommen Sondereffekte wie die gegenfinanzierte Anstellung der Deutsch-Lehrkräfte für die Integrationskurse nach der Eingliederung der VHS Bad Bergzabern in die KVHS und die derzeit hinzukommenden Aufgaben im Bereich des Katastrophenschutzes. **Die Kreisverwaltung wächst mit ihren Aufgaben – unser Ziel ist dabei, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in veränderten Zeiten schnell und effektiv die benötigten Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.**



Im Folgenden möchte ich exemplarisch den Stellenaufwuchs erläutern:

Im Bereich **Bauaufsicht (Abteilung 6)** müssen wir schneller werden: Der Landesrechnungshof hat Anhaltswerte für die Stellenbemessung veröffentlicht. Hieraus wird deutlich, dass für die Bearbeitung von Bauanträgen mehr Stellen notwendig sind, als wir dafür bislang vorgesehen haben. Eine Ausweitung der Stellen in diesem Bereich werden wir dafür nutzen, zu schnelleren Bearbeitungszeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu kommen.

Bereich Sicherheit und Ordnung (Abteilung 3):

- Zivile Alarmplanung und Zivilschutz: Umsetzung des „Operationsplanes Deutschland“ für die Ebene des Landkreises; Ernährungs-/ Wasser-/ Energiesicherstellung und so weiter.
- Katastrophenschutz: Umsetzung des Katastrophenschutz-Bedarfsplanes für den Landkreis, Nachhaltung und Betreuung; zum Beispiel komplexe Beschaffungsvorgänge für Fahrzeuge und Materialien samt Definition der technischen Anforderungen.
- Ausländerbehörde: Die Anzahl der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger (2021 waren es rund 9.400, 2025 sind es 11.611) sowie die gesetzlichen Anforderungen steigen stetig beziehungsweise bleiben auf einem hohen Niveau. Eine Mitarbeiterin beziehungsweise ein Mitarbeiter betreut aktuell rund 1.000 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Diese Belastungssituation kann nur reduziert werden, wenn sich der Betreuungsschlüssel durch neue Stellen verbessert.

Bereich Schulen (Abteilung 2):

- **Lehrkräfte an der Volkshochschule für Integrationskurse, Deutsch-/Grundbildungskurse: Anstellung beim Landkreis**, refinanziert über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Hintergrund: Nachdem die VHS Bad Bergzabern eine Außenstelle der KVHS SÜW geworden ist, sind wir gefragt, die „BAMF Integrationskurse“ in Bergzabern anzubieten. Hierfür bedarf es entsprechender Lehrkräfte. Aufgrund des sogenannten „Herrenberg-Urturts“ werden diese künftig direkt beim Landkreis angestellt, eine **Honorarbeschäftigung** dürfen wir wie bei den Musikschullehrkräften nicht anbieten.
- **Betreuung Schul-IT**: immer mehr digitale Endgeräte, Systeme und Anwendungen, all dies wurde durch den DigitalPakt Schule sehr stark ausgeweitet. Die Betreuung durch die Lehrkräfte und durch externe Unternehmen stößt an Grenzen, Konsequenz: der Landkreis als Schulträger muss künftig über eigenes Personal die Aufgaben erledigen.

Bereich Eingliederungshilfe im Bereich Soziales (Abteilung 4): Im Jahr 2020 bearbeitete eine Stelle noch 130 Fälle, im Jahr 2025 sind es pro Stelle 190 Fälle, eine **Steigerung von rund 46 Prozent**.

Bereich Eingliederungshilfe im Jugendamt (Abteilung 5) Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung oder drohender seelischer Behinderung: Die Fallzahlen haben sich innerhalb weniger Jahre **verdoppelt**.

Zum Stichwort „neue Referatsleiter“: Hier begegnet uns an verschiedenen Stellen im Haus eine identische Situation. Die Aufgabenbereiche wachsen inhaltlich, mengenmäßig und damit auch personell. Die Leitungsspanne erhöht sich, also eine Führungskraft muss immer mehr Mitarbeitende betreuen. **Gute Führung ist wichtig, damit die Mitarbeitenden ihre Aufgaben auch gut erledigen können.** Daraus ergibt sich – auch auf Grundlage der KGSt-Beratung – die Notwendigkeit, Aufgabenbereiche neu zu strukturieren und auch mehr Führungsstellen vorzusehen.

Bereich Personalabteilung: Noch ein Zahlenbeispiel: 2025 hat sich die Zahl der sogenannten Zahlfälle (eine Person, die Gehaltzahlungen erhält – egal wie lange) auf einen Wert von 800 entwickelt. Aktuell hat die Kreisverwaltung rund 670 Köpfe, das bedeutet, dass rund 130 Personen nicht durchgängig das ganze Jahr Gehalt erhalten haben (Kurzzeit, Minijob, unterjährige Ein- und Austritte und so weiter). Dies wirkt sich auf den Stellenbedarf im Personalbereich aus. Dieser muss mit dem gestiegenen Gesamt-Personal „mitwachsen“.



DER LANDRAT

Zum Vergleich: Vor zehn Jahren gab es noch rund 450 Zahlfälle. Fluktuation und Vakanz waren damals durch die Arbeitsmarktlage faktisch kein Thema.

Klar ist für uns, wir werden die **Digitalisierung** im Haus weiter vorantreiben. Dazu gehört auch die verantwortungsvolle Nutzung **künstlicher Intelligenz**, was bei uns im Bereich des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes bereits in geringem Umfang geschieht. KI sehen wir als Hilfsmittel, um Arbeitsvorgänge effizienter, schneller zu machen, um noch leistungsfähiger zu werden. **Die Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen werden wir angehen, natürlich auch mit dem Ziel, Personal einzusparen**, da wir wissen, Verwaltung kann und darf nicht endlos wachsen.

Nochmals abschließend zum Stellenplan: Die im Stellenplan vorgesehenen **zusätzlichen Stellen werden wir sehr verantwortungsvoll nutzen, am besten wäre natürlich, wir müssten sie nicht vollumfänglich ausschöpfen**. Darüber hinaus schauen wir uns jede freiwerdende Stelle an und prüfen, ob wir diese nachbesetzen oder nicht. Unsere Führungskräfte sind hier gefordert und auch in der Lage einzuschätzen, welche Stellen gegebenenfalls nicht mehr gebraucht werden. Leider ist das bis heute aufgrund der ständig steigenden Aufgaben kaum der Fall.

Eckpunkte des Haushalts

Sehr geehrte Damen und Herren,
in den kommenden Minuten werde ich nur einen Bruchteil dessen erwähnen, was Sie in voller Länge auf insgesamt 687 Seiten nachlesen können.

Zunächst verweise ich auch auf die Ihnen vorliegende Präsentation zum Haushalt 2026, ich verzichte heute auf die Darstellung aller einzelnen Seiten, weil viele von Ihnen diese bereits kennen. Ich versuche, mich auf wenige Kernthemen zu beschränken.

Haushaltsvolumen

Das **Haushaltsvolumen** im Jahr 2026 erhöht sich um 25,47 Millionen Euro auf **271,65 Millionen Euro**, wobei wir schon im Vorjahr eine Steigerung von 20,96 Millionen Euro zu verzeichnen hatten (Gesamtaufwand 2024 waren noch fast 50 Millionen Euro weniger: 225,21 Millionen Euro).

Das Ergebnis 2026 sieht ein nie dagewesenes **Rekorddefizit von 18,71 Millionen Euro** vor (bisheriger Höchststand 2011 mit fast 14,5 Millionen Euro).

Kreisumlage und Schankerlaubnissteuer

Wir mussten im letzten Jahr die Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2025 um 2,5 Prozent auf 48 Prozent anheben, um gegenüber der ADD als haushaltsgenehmigender Behörde alle Kraftanstrengungen nachzuweisen und eine Haushaltsgenehmigung zu bekommen. Dieser Schritt ist uns nicht leichtgefallen, weil wir um die Finanznöte der meisten unserer Ortsgemeinden und Städte wissen. Deshalb haben wir für 2026 auch keine weitere Anhebung der Kreisumlage trotz des Rekorddefizits vorgesehen. Zum Haushaltsausgleich wäre hypothetisch gesehen eine Anhebung um utopische 9,44 Prozent auf über 57 Prozent erforderlich.

Ich halte es auch für absolut vertretbar, trotz der Abschaffung der Schankerlaubnissteuer – der Landkreis SÜW war der letzte von 24 Landkreisen in Rheinland-Pfalz, der diese Abgabe erhoben hat – auf eine Umlagenanhebung zu verzichten, da wir im Haushaltsjahr 2026 noch mit Einnahmen von circa 300.000 Euro aus den vergangenen Jahren kalkulieren. Für 2027 müssen wir uns dann gemeinsam eine Kompensation der fehlenden circa 97.000 Euro (5-Jahresdurchschnitt 2020 bis 2024) überlegen, da die ADD sicherlich eine Kompensation erwarten wird und wir die Haushaltsgenehmigung nicht gefährden wollen.



DER LANDRAT

Investitionen und Bauunterhalt (Kreishaus, Schulen, Kitas, Katastrophenschutz und Breitband)

Einer der Schwerpunkte unserer Investitionen liegt mit über fünf Millionen Euro bei der bereits ausführlich beratenen **Modernisierung unseres Kreishauses**.

Mit über 14,6 Millionen Euro investieren (inklusive Bauunterhalt) wir in die **Schulen** in unserer Trägerschaft, dazu gehören neben den Baumaßnahmen in den Schulzentren in Annweiler, Bad Bergzabern und Herxheim (unter anderem Sanierung des PCB-belasteten Gebäudes) natürlich der Ersatzneubau der Sporthalle in Herxheim sowie die Sanierung der Schulsporthalle in Annweiler.

Nicht zu vergessen oder zu vernachlässigen unsere enormen Zuweisungen für die **Kindertagesstätten** mit fast fünf Millionen Euro, hinzukommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von sieben Millionen Euro ab 2027, im Übrigen Geld, das vom Kreis direkt zurück an unsere Ortsgemeinden und Städte fließt.

Schließlich haben wir erhebliche Gelder im Haushalt eingestellt für den uns alle anstrengenden **Breitbandausbau**: der sogenannte 6. Call („Weiße-Flecken-Programm“) mit sieben Millionen Euro in 2026 und drei Millionen Euro in 2027, 2,5 Millionen Euro für den Sonderaufruf Gewerbegebiete. Schließlich haben wir begründete Hoffnung die Phase 3 mit dem sogenannten Graue-Flecken-Programm ab 2028 mit einem Gesamtvolume von über 60 Millionen Euro starten zu können. Trotz der Förderung durch Land und Bund mit 90 Prozent verbleiben gemäß der Einigung mit den Orts- und Verbandsgemeinden nicht unerhebliche Beträge, die allein durch den Landkreis zu finanzieren sind.

Last not least stellen wir über **zwei Millionen Euro für den Brand- und Katastrophenschutz** zur Verfügung, unter anderem für Stellplätze, Fahrzeuge, unsere Rettungswachen sowie Sirenenförderung. Die neuen enorm gestiegenen Anforderungen nach dem neuen LBKG und der KatSchVO werden uns noch finanziell sehr viel abverlangen, zumal die entsprechende zwischenzeitlich pauschalierte Förderung hierfür bei weitem nicht ausreichen wird.

Eingliederungshilfe

Die Aufwandssteigerung im Bereich der Eingliederungshilfe ist exorbitant. Die Produkte 3163 (Leistungen zur Teilhabe an Bildung) und 3164 (Leistungen zur sozialen Teilhabe) weisen in unserem Haushalt einen **Aufwand von zusammen über 34,7 Millionen Euro** auf. Sie ist damit eine der größten Ausgabeposten in unserem Haushalt. Seit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) sind die Aufwendungen von **2018 bis 2023** bundesweit um ca. 40 % (hierbei wurde die komplette Eingliederungshilfe herangezogen, also u18 und ü18) gestiegen, in **unserem Haushalt von 2018 bis 2025 um ca. 42 %**. Gleichzeitig hat sich der damit verbundene verwaltungstechnische Aufwand stark erhöht, ohne dass dem ein unmittelbarer Nutzen für die behinderten Menschen gegenübersteht.

Für den Planwert 2026 gehen wir von insgesamt 42.713.600,00 Euro an Aufwendungen für die komplette Eingliederungshilfe aus, dies entspricht einer **Steigerung von ca. 49 %** (von 2018 ausgehend).

Der DLT (Deutsche Landkreistag), DST (Deutsche Städ tetag) und die BAGÜS (Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe) fordern vom Bund absolut folgerichtig eine Weiterentwicklung, die sowohl die Kosten als auch den Aufwand beherrschbar macht (vgl. Sonderrundschreiben S 709/2025 des LKT Rheinland-Pfalz). Der bürokratische Aufwand, den die Eingliederungshilfe mit sich bringt, ist kaum zu stemmen. Weder von uns. Noch von den Bürgerinnen und Bürgern. Die Art und Weise, wie die Eingliederungshilfe gestaltet ist, belastet unseren Haushalt extrem. Wir brauchen Veränderungen, um Vorgänge, gerade im sozialen Bereich, einfacher zu machen. Für die Bürgerinnen und Bürger und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch das gehört zu einem Sozialstaat.

An dieser Stelle appelliere ich erneut an Bund und Land, endlich ihren Verpflichtungen nachzukommen, endlich für echte Vereinfachungen in den Verfahren zu sorgen und endlich unseren Sozialstaat sozialer zu machen.



DER LANDRAT

Hinzu kommt, dass im Bereich der Eingliederungshilfe über 18 Jahren („Ü 18“) vom Land ein großzügiger Landesrahmenvertrag mit der LIGA – ohne jegliche Beteiligung der Kommunen – verhandelt und abgeschlossen wurde, der aber eben die Landkreise bei der bestehenden 50-prozentigen Kostenbeteiligung sogar rückwirkend sehr stark belastet. Dies ist ein weiteres Beispiel für ein großzügiges Agieren des Landes zulasten der Kommunen, zurecht fordern die Sozialamtsleiter in Rheinland-Pfalz eine Einbindung der kommunalen Seite in die Verhandlungen, um die Expertise der Kommunen zu nutzen.

Jugendamt: Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder und neues Präventionskonzept

Zum September 2026 tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Grundschulkinder in Kraft. Der rechtliche Handlungsrahmen ist nach wie vor auf Landesebene nur unzureichend geklärt.

Unsere Verbandsgemeinden agieren bei den Vorbereitungen vorbildlich und kooperieren mit unserem Kreisjugendamt. Wir sind hier auf einem guten Weg, wenngleich schon jetzt abzusehen ist, dass wir als kommunale Familie mal wieder mit einer Aufgabe belastet werden, die nicht zu 100 Prozent vom Besteller finanziert wird.

Das Jugendamt des Landkreises Südliche Weinstraße plant ein neues Konzept, um Kinder und Jugendliche frühzeitig zu unterstützen, bevor sie zu sogenannten „Fällen“ werden.

Das Ziel: Kinder und Jugendliche sollen Hilfe erhalten, sobald erste Anzeichen von Schulabsentismus, Rückzug oder herausforderndem Verhalten auftreten – direkt in der Schule oder Kita, ohne dass Eltern einen Antrag stellen müssen. Thema kann dann auch sein, die jeweiligen Erziehenden in den Kitas oder Lehrkräfte zu unterstützen, mit dem Verhalten einen Umgang zu finden. Es geht darum, vor Ort Lotse zu bestehenden Beratungsangeboten zu sein, ebenso die Eltern nach Bedarf und Anlass niederschwellig zu unterstützen, an der Stelle ein herzliches Dankeschön an Frau Hannelore Schlageter unsere Leiterin des Kreisjugendamtes. Ziel ist, frühzeitig auf Probleme zu reagieren und Kinder in schwierigen Situationen zu begleiten. Das Schulsystem ist oft an der Grenze, es hat vielfach keine „Bordmittel“, die Probleme zu lösen. Das geplante Vorgehen sieht vor, dass zusätzliches sozialpädagogisches Fachpersonal über die freien Träger der Jugendhilfe direkt in die Einrichtungen geschickt werde. Das Jugendamt kann nur durch eine enge Zusammenarbeit mit Schulen und Kitas verhindern, dass Kinder dauerhaft nicht mehr betreut beziehungsweise beschult werden.

Lieber Georg Kern: herzlichen Dank für Deine aufopferungsvolle Arbeit als Jugenddezernent im Ehrenamt und Deine stets zuverlässige Vertretung.

Mobilität: VRNflexline

Gestern haben Bürgermeister Daniel Salm, unser ÖPNV-Referent Herr Klar und ich zusammen mit PALATINA-Bus die **Ausweitung der VRNflexline in der Verbandsgemeinde Edenkoben gestartet**. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit der VRNflexline, die zwischenzeitlich auch bereits in Bornheim Halt macht, absolut auf dem richtigen Weg sind. Wir werden uns an einem grenzüberschreitenden Förderprogramm bewerben, um eine weitere Ausdehnung in weiteren Teilen des Landkreises hinzubekommen, vorausgesetzt ist dabei – wie in der VG Edenkoben – eine 50-prozentige Beteiligung der Verbandsgemeinden an den zusätzlichen Kosten. Die angekündigte Preisanhebung des Anbieters in der VG Maikammer zum Jahresbeginn 2026 zeigt, dass die VRNflexline als in den ÖPNV integriertes System das richtige Instrument ist.

Schulen

Die in den Haushalt eingestellten Mittel für Investitionen (6,3 Millionen Euro) und Bauunterhalt (8,3 Millionen Euro) in unsere Schulen hatte ich bereits genannt.

Anfang des Sommers, im Juni, hätte ich mit allem gerechnet, aber nicht damit, einen Teil einer Schule wegen einer PCB-Belastung schließen zu müssen. Was passiert ist, ist Ihnen bekannt, weshalb ich keine Details wiederhole. Ich sage aber auch in dieser Sitzung nochmal herzlichen **Dank für die zügige Abarbeitung einer wirklich nicht einfachen Aufgabenstellung**, der Unterricht konnte ohne Verzögerung in den Schulersatzräumen durchgeführt werden. Wir werden sehen, wie viel Geld wir für die Sanierung noch aufbringen werden müssen.



DER LANDRAT

Der Kreistag SÜW hatte in seiner Sitzung am 28. April diesen Jahres in Offenbach folgenden Beschluss gefasst: „Die Kostenbeteiligung des Landkreises an den Betriebskosten des **Trifelsgymnasiums** neu zu ordnen und grundsätzlich zu einer Erhöhung des bisher gewährten Zuschusses bereit zu sein. Über die Höhe des Zuschusses entscheidet nach erfolgtem Beschluss der Landessynode über die Beibehaltung der Trägerschaft des Trifelsgymnasiums, der Kreisausschuss.“

Wir halten diesbezüglich Wort und stellen in unserem Haushalt für das Jahr 2026 ausreichend Mittel zur Verfügung, so dass wir, wie damals beschlossen, mit der Evangelischen Kirche der Pfalz in Verhandlungen zur Beibehaltung der Trägerschaft durch die Kirche treten können. Ein weiteres Gespräch ist für morgen mit Oberkirchenrat Müller angesetzt.

Eigenbetrieb Wertstoffwirtschaft (EWW)

Ich beschränke mich hier auf einen einzigen Satz, indem ich mich für die außerordentlich gute Arbeit unseres Werkleiters, seines Teams sowie den uns beratenden Herrn Klinkhammer ganz herzlich bedanke und auf den vorhin beratenen und festgestellten Jahresabschluss 2024 sowie das solide aufgestellte und im Werkausschuss umfassend beratene Zahlenwerk des Wirtschaftsplans 2026 verweise.

Gesundheitsversorgung

Auch wenn es nicht unsere primäre Zuständigkeit ist, so nehmen wir die ambulante ärztliche als auch die stationäre Versorgung unserer Bevölkerung sehr ernst.

In ambulanter Hinsicht haben wir in der letzten Sitzung unsere Entscheidung mit dem Betrauungsakt für die Gründung der **SüdpfalzDOCs** getroffen, dafür nochmal ein herzliches Dankeschön.

Wir haben im Jahr 2025 kurzfristig für unser **Klinikum Landau-Südliche Weinstraße GmbH** im Rahmen eines Nachtrags vier Millionen Euro zur Verfügung gestellt, weil die Finanzierung der Krankenhäuser in Deutschland und Rheinland-Pfalz völlig unzureichend ist, was mit Verweis auf die Schließung zahlreicher Krankenhäuser im Norden unseres Bundeslandes leider bereits traurige Realität ist. Um eine gute Krankenhaus-Grundversorgung in der Südpfalz sicherzustellen, **streben wir weiterhin die Fusion mit dem Vinzenzius-Krankenhaus in Landau an**. Wir befinden uns in der zweiten Phase der Verhandlungen in Begleitung eines professionellen Beratungsunternehmens und ich werde meinen Beitrag dazu leisten, dass diese meines Erachtens unbedingt notwendige Fusion auch tatsächlich kommt.

Abschluss und Dank

Sehr geehrte Damen und Herren,
all das, was wir bisher umgesetzt haben, und noch viel mehr all das, was wir in den nächsten Jahren vorhaben, kann ich nicht alleine umsetzen. Dafür brauche ich jeden Kollegen und jede Kollegin hier im Haus. Unser Tun ist immer auch eine Gemeinschaftsleistung – für die Gemeinschaft. Mein herzlicher Dank geht an alle meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellvertretend für die rund 600 Personen danke ich namentlich unserem Personalratsvorsitzenden Udo Baumgartner.

Ein besonderes Dankeschön an dieser Stelle an meine Kollegen Kreisbeigeordneten, bei denen ich mich für die wirklich menschlich sehr angenehme Zusammenarbeit ausdrücklich bedanken möchte. Das ist sehr wichtig angesichts herausfordernder Themenstellungen.



DER LANDRAT

Sehr geehrte Damen und Herren,
hinter dieser Haushartsrede steht ein fundiertes Zahlenwerk, das die Weichen des Landkreises für das nächste Jahr stellt. Dieser Haushartsplanentwurf ist entstanden, weil sich Kolleginnen und Kollegen mit herausragender Qualität, Engagement und dem Blick fürs Ganze hingesetzt und diesen gemeinsam erarbeitet haben. Vielen Dank an alle, die daran beteiligt waren. Ich danke besonders der Kämmerei, namentlich unserem Kämmerer Herrn Joscha Wittiber mit seinem Team.

Werte Mitglieder des Kreistags,
nun liegt es an Ihnen, über diesen Haushartsplanentwurf zu beraten und zu entscheiden. Ich wünsche Ihnen dafür einen klaren Blick in die Zukunft für die Menschen hier in unserem Landkreis.